

Das Wochenmagazin der SPÖ

www.spoe.at

SPÖ

Aktuelle

27. November 2009 - Nr. 40 - 0,73 €

Gastkommentar von Max Kothbauer
zum Thema Hochschulpolitik

Universitäten

Studieren ohne finanzielle Hürden

**SPÖ präsentiert
11-Punkte-Programm**



Die Probleme an den Universitäten in Österreich, die schlussendlich zum Streik der Studentinnen und Studenten geführt haben, sind nicht aus der Luft gegriffen. Überfüllte Hörsäle, oft tausende Studierende auf einen Lehrenden und zu wenige Labor- und Seminarplätze führen dazu, dass Österreich nicht nur eine im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Akademikerquote hat, sondern bereits auch deutlich weniger Studienanfänger als der OECD-Durchschnitt. Es muss also dringend etwas geschehen – und zwar ohne den freien Hochschulzugang durch zusätzliche Hürden zu verbauen.

In einem Doppelinterview legen Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl die Lösungsvorschläge der Sozialdemokratie dar. Für den Gastkommentar konnten wir den Vorsitzenden des Universitätsrats der Universität Wien, Max Kothbauer, gewinnen.

Am 1. Dezember tritt der Reformvertrag von Lissabon in Kraft. Wir bringen dazu ein Interview mit dem Delegationsleiter der österreichischen Sozialdemokraten, Jörg Leichtfried.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Universitäten	4
Interview mit Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl	6
Wiederkandidatur Heinz Fischers	7
Lissabon-Vertrag	9
Gastkommentar vom Vorsitzenden des Universitätsrats der Uni Wien, Max Kothbauer	14

Gegen Gewalt an Frauen



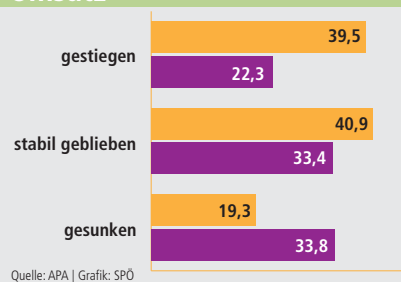
Am 24. November 2009 eröffneten Bundeskanzler Werner Faymann und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek die Ausstellung „Silent Witnesses“.

Im Rahmen der „16 Tage gegen Gewalt“ werden die Räumlichkeiten des Bundeskanzleramts für die Ausstellung

Situation der KMU

KMU - Kleine und mittelgroße Betriebe in Österreich
Angaben in %

Umsatz



KMU kämpfen mit der Krise

Lediglich rund ein Drittel der kleinen und mittleren Unternehmen kann von sich behaupten, den Umsatz stabil gehalten zu haben. Ein weiteres Drittel kämpft mit Einbußen. Mehr als 30 Prozent mussten ihren Personalstand überdies verkleinern. Speziell die Kreditklemme macht vielen zu schaffen. SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter fordert daher vom Finanzminister in dieser Frage endlich aktiv zu werden.

mitreden.spoe.at

Meinungsforum:
Was tun gegen die Uni-Misere?

Völlig überfüllte Hörsäle und schlechte Studienbedingungen – die Zustände an den heimischen Universitäten sind beklagenswert. Die SPÖ hat ein Elf-Punkte-Programm für die Hochschulen vorgelegt. Darin werden u.a. mehr Geld und ein österreichischer Hochschulplan gefordert.

Diskutieren Sie unter mitreden.spoe.at darüber, was gegen die Uni-Misere getan werden kann.



Rigaud

Infrastrukturministerin Doris Bures

Vorratsdatenspeicherung: Entwurf in Begutachtung

Infrastrukturministerin Doris Bures hat einen Gesetzesentwurf zur Speicherung von Vorratsdaten in Begutachtung geschickt. Die Regelung sieht die mehrmonatige Speicherung von Telefon- und Internetdaten vor. Der Entwurf ist in monatelanger Arbeit mit Beteiligung von Experten aus allen Bereichen erarbeitet worden. Durch die Umsetzung der EU-Richtlinie werden die rechtlich zulässigen Möglichkeiten für Polizei und Justiz erweitert. Bures betont aber, dass der Entwurf den „größtmöglichen Schutz“ persönlicher Daten sicherstellen soll.

Zitat der Woche

„Für uns bedeuten die Erhöhung der Pensionen um 1,5 Prozent sowie die Einmalzahlungen in der Gesamthöhe von 35 Millionen Euro ein gutes Ergebnis. Es zeugt vom respektvollen Umgang mit den Seniorinnen und Senioren unseres Landes.“

Bundeskanzler Werner Faymann

Bilderbox



Gemeinsames Ziel ist es, Bewegung täglich in den Schulen zu verankern. Dies lässt sich am besten in ganz-tägigen Schulangeboten realisieren.

Kinder gesund bewegen

Sportminister Norbert Darabos und Bildungsministerin Claudia Schmied präsentierten ein fünf Punkte umfassendes Maßnahmenpaket zur Förderung von Bewegung und Sport in der Schule und für die bessere Verankerung des Sports im Schulalltag. „Unser Ziel ist es, die Sportaktivität der Bevölkerung zu steigern und Bewegungsmangel entgegenzutreten. Das erreichen wir nur gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Bereichen“, erklärt Darabos. „Es ist Faktum, dass 50 Prozent der Kinder zu wenig Sport betreiben“, so Schmied.



Bilanz der Verantwortung!

Ein Jahr Neuwahlen, ein Jahr Regierungsabkommen und ein Jahr Angelobung. Bilanzen über Bilanzen.

Das wahrscheinlich spannendste Jahr des letzten Jahrzehnts verdient eine tatsächliche politische Bilanz! Bevor vor einem Jahr SPÖ und ÖVP nach Neuwahlen ihren Regierungspakt beschlossen haben, war das Vertrauen in die Politik bei einem Nullpunkt angelangt. Niemand hat mehr daran geglaubt, dass Ankündigungen eingelöst werden und auch gegenüber dem viel zitierten „genug gestritten“, war man eher misstrauisch. Jetzt ist es zwar nicht das Allheilmittel, nicht zu streiten, aber es ist dennoch wichtig, Politik attraktiv und handlungsfähig zu präsentieren, weil sonst jene gewinnen, die auch ohne Politik auskommen. Um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen, ist es notwendig sich von der politischen Kraftmeierei zu verabschieden.

Ob man da oder dort das letzte Jahr über Maßnahmen besser verkaufen hätte können, kann diskutiert werden. Aber ist es das Entscheidende einer Bilanz? Ich sage ‚Nein‘. Kernpunkte der Jahres-

bilanz sollten sein, dass wir europaweit die zweitniedrigste Arbeitslosenquote vorweisen können. Dass wir keine Sozialleistungen kürzen mussten – ganz im Gegenteil: Wir haben sie mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung und dem einkommensabhängigen Kindergeld noch ausgebaut. Dass wir mutig eine Steuersenkung, von der alle profitieren, vorgezogen haben. Dass wir, obwohl die ÖVP versucht hat, die Kassen zu zerschlagen und damit das Gesundheitssystem zu privatisieren, mit Ärzten und Kassen ein Paket zusammenge-

bracht haben, das die staatliche Gesundheitsversorgung auch noch für die nächsten Jahre sichert. Dass wir die Beteiligung an CERN gerettet haben und mehr denn je in Forschung investieren. Erstmals steht eine Ausbildungsgarantie nicht nur in einem Programm, sondern ist bereits beschlossen. Dass sich ÖVP-Länder um die Neue Mittelschule mit ihrem Parteikollegen Vizekanzler Pröll streiten, hätte sich vor einem Jahr auch noch niemand gedacht. Also müssen wir wahrscheinlich selbstkri-



Die Sozialdemokratie beschreitet unter Werner Faymann in der Regierungspolitik neue Wege.

tisch zugeben, dass es uns angesichts der großen politischen Bilanz noch viel zu wenig gelingt, gemeinsam unsere politischen Erfolge auch rüberzubringen.

Wir dürfen uns jetzt aber nicht zu sehr aus dem Konzept bringen lassen. Immerhin war es vom ersten Tag des Wahlkampfes bis zur Regierungsbildung unser Ziel, Vertrauen zurückzugewinnen, Österreich sozialdemokratischer, gerechter, solidarischer zu gestalten. Wir sind noch lange nicht am Ziel angekommen, aber ihm doch etliche Schritte näher gekommen.

„Wir wissen, dass langfristig jene Erfolge zählen, die wir für die Menschen in diesem Land erreicht und umgesetzt haben.“

Die Sozialdemokratie beschreitet unter Werner Faymann in der Regierungspolitik neue Wege. Wir wissen, dass langfristig jene Erfolge zählen, die wir für die Menschen in diesem Land erreicht und umgesetzt haben.

Das ist der einzige ehrliche Weg, um Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen, denn die Menschen wollen eine Politik, auf die sie sich verlassen können und die ihre Probleme löst.

In nur einem Jahr hat es die SPÖ-geführte Regierung geschafft, politische Meilensteine zu setzen, an der andere Regierungen in der Vergangenheit gescheitert sind. Unser Job ist es, den Österreicherinnen und Österreichern jene Sicherheit und Verlässlichkeit zu bieten, die

sie sich erwarten. Politischer Hick-Hack interessiert in Zeiten wie diesen keine Menschenseele. Lösungen, Verbesserungen und Stabilität sind gefragt. Aber natürlich auch ein Plan für die Zukunft. Und auch diesen Plan können wir nur gemeinsam, als starke Bewegung umsetzen. Es ist klar, wie der Weg weitergeht: eine Bildungsreform, in der es um die Kinder und nicht um Retroideologien geht, Kontrollen für die Finanzwelt, damit es nie wieder zu einer solchen Krise kommt sowie eine faire Bewertung von Leistungen. ♦

BILDUNG

Aufbauprogramm für

Die Studentenproteste und viele Fakten zeigen, dass es hoch an der Zeit ist, die Bildungsreform im Universitätsbereich voranzutreiben. Die SPÖ hat dafür ein offensives Aufbauprogramm vorgelegt. Der freie Hochschulzugang muss gesichert bleiben, Studiengebühren kommen nicht in Frage.



Die SPÖ hat ein Elf-Punkte-Programm vorgelegt, um unsere Universitäten und Hochschulen auf die Überholspur zu führen.

„Wir brauchen eine Bildungsreform auch an den Universitäten.“

Bildungsministerin Claudia Schmied

Überfüllte Hörsäle, zu wenige Studienanfänger, zu wenige Absolventen und teils unzumutbare Studienbedingungen: „Unseren Universitäten geht es schlecht“, so der Befund von Bildungsministerin Claudia Schmied. Für SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl ist das auch eine Folge der „Politik des Kaputtsparens unter Schwarz-Blau-Orange, die bis heute nachhaltig wirkt“. Und das mit alarmierenden Ergebnissen

(siehe Infokasten auf S. 5). So sind die Ausgaben für Hochschulen gemessen an unserer Wirtschaftsleistung unterdurchschnittlich. Während Österreich lediglich 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den tertiären Bereich investiert, wenden Spitzenländer wie Kanada und Finnland rund 1,7 Prozent des BIP für ihre Universitäten auf. Und auch bei der Studienanfänger-Quote liegt Österreich mit 42 Prozent weit unter dem OECD-Schnitt von 56 Prozent. Aufholbedarf hat Österreich zudem bei der Absolventen-Quote: Derzeit schließen nur rund 22 Prozent eines Altersjahrgangs in Österreich ein Hochschulstudium ab, das ist deutlich unter dem OECD-Schnitt von 39 Prozent. All diese

Faktoren führen zu einem nur mittelmäßigen Abschneiden unserer Universitäten bei internationalen Rankings. Für Ministerin Schmied ist daher klar: „Wir müssen – genauso wie bei den Schulen – einen Aufholprozess starten.“

Aufbau statt Beschränkung

Die SPÖ hat bereits am 19. November ein Positionspapier für den Hochschul-Dialog vorgelegt, der vergangenen Mittwoch auf Einladung von Noch-Wissenschaftsminister Hahn stattfand. Getragen wird dieser Elf-Punkte-Plan für die Hochschulen vom Grundsatz „Aufbau statt Beschränkung“, so Schmied bei der gemeinsamen Präsen-
ta-

unsere Universitäten

tion mit SPÖ-Wissenschaftssprecherin Kuntzl. Die Ziele sind klar: Österreich braucht mehr Studienanfänger, bessere Studienbedingungen und mehr Absolventen. Unsere Unis und Hochschulen sollen an die Europaspitze. Dafür braucht es mehr finanzielle Mittel und Strukturreformen, die im Rahmen eines bundesweiten Hochschulplans von Minister Hahn erarbeitet werden müssen. Hier sei Hahn „säumig“ gewesen, so Schmied, die jetzt den Finanzminister und den Wissenschaftsminister gefordert sieht, das Ziel einer Anhebung des Hochschulbudgets auf zwei Prozent des BIP bis 2020 in einem Stufenplan umzusetzen. Schmied plädierte auch für eine zielgerichtete Verteilung der Mittel durch ein Studienplatzfinanzierungsmodell. Klar ist aber: „Die Zahl der Studierenden kann nicht die Entscheidung der Rektoren sein“, so Schmied. Weiters sollen auch die im neuen Universitätsgesetz vorgesehenen Studieneingangsphasen geschaffen werden. Sie sollen „der besseren Orientierung für Studierende dienen und ausdrücklich nicht der Zugangsbeschränkung“, so Kuntzl. Schmied betonte das Bekenntnis der SPÖ zum freien Hochschulzugang: „Jeder Studierende, der leistungsfähig und leistungswillig ist, hat Anspruch auf einen guten Studienplatz in Österreich. Unfaire Knock-Out-Prüfungen müssen der Vergangenheit angehören.“

Keine finanziellen Barrieren

Im SPÖ-Positionspapier zur Zukunft der heimischen Unis wurde auch klargestellt, dass

die SPÖ Studiengebühren vehement ablehnt. Es dürfe „keine finanziellen und sozialen Barrieren“ geben, so Kuntzl, die weiters bekräftigte, dass die SPÖ das Stipendiensystem durchleuchten wolle. Vor allem Studenten aus einkommensschwachen Familien und solche mit Kindern sollen von Verbesserungen profitieren. Um die hohen Durchschnittsstudienzeiten zu senken, soll es zudem eine individuelle Betreuung durch ein Mentoren- und Tutorensystem geben. Und es gelte, „die jungen Menschen bei der Entscheidung der für sie richtigen Studienrichtung aktiv und gut zu unterstützen“, so Kuntzl, die hierz.B. für Kooperationen zwischen Oberstufenschulen und Universitäten plädierte. Zudem fordert die SPÖ mehr Demokratie an den Unis. Hier sollen Studierende mehr demokratische Mitsprache an den Universitäten erhalten, so die SPÖ-Wissenschaftssprecherin, die die Wiedereinführung der Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung anregte.

Ausgleichszahlungen für deutsche NC-Flüchtlinge

Für die SPÖ ist auch klar, dass die Studienbedingungen von österreichischen Studenten nicht aufgrund von überproportional hohen Anteilen von Studierenden aus anderen EU-Ländern (vor allem Numerus-Clausus-Flüchtlinge aus Deutschland) verschlechtert werden dürfen. Bundeskanzler Werner Faymann hat sich hier dafür ausgesprochen, Gespräche mit Deutschland über den Zuzug deutscher Studenten an die heimischen Unis zu führen. Ausgleichszahlun-

„Der freie Hochschulzugang muss gesichert sein. Es braucht mehr Studierende, nicht weniger.“

**SPÖ-Wissenschaftssprecherin
Andrea Kuntzl**

gen seien dabei eine Möglichkeit, um das Problem zu lösen. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas forderte Wissenschaftsminister Hahn auf, „umgehend Verhandlungen mit Deutschland über faire Ausgleichsverhandlungen aufzunehmen, statt ständig längst die zu Grabe getragenen Studiengebühren exhumieren zu wollen.“ Daher solle, wie auch Ministerin Schmied unterstrich, der Wissenschaftsminister in bilateralen Verhandlungen auf EU-Ebene nach einer rechtlich abgesicherten Lösung suchen. ♦

ZUM THEMA

Hochschul-Dialog: „Ein erster Beginn“

Auf Einladung von Wissenschaftsminister Hahn fand am 25. November der „Dialog Hochschulpartnerschaft“ statt. Geladen waren neben Bildungsministerin Claudia Schmied auch die Klubobfrau und Wissenschaftssprecher der Parlamentsparteien sowie Experten, das Präsidium der Universitätenkonferenz und Vertreter der Sozialpartner. Ebenfalls dabei waren u.a. drei Vertreter der protestierenden Studenten sowie die Exekutive der ÖH. Die SPÖ hat bei diesem Hochschuldialog ihr Elf-Punkte-Programm vertreten.

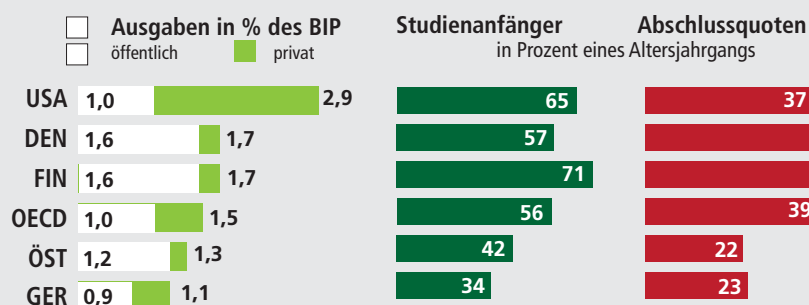
Fünf Arbeitsgruppen, in denen im Wesentlichen die Teilnehmer des Hochschuldialogs vertreten sind, werden Anfang Dezember tätig. Sie werden sich u.a. mit folgenden Themen beschäftigen: „Gesellschaftlicher Auftrag des tertiären Sektors“ und „Studienwahl und Hochschulzugang“. Am Ende des ersten Quartals 2010 sollen die Arbeitsgruppen einen Zwischenbericht abliefern.

Bildungsministerin Claudia Schmied wertete den Hochschul-Dialog als „ersten Beginn“. Schmied plädierte weiters für eine „offensive Hochschulpolitik“. Es kann nicht sein, dass wir jetzt über Beschränkungen und Studiengebühren diskutieren.“

Hochschulen im OECD-Vergleich

Eckdaten 2007

□ Ausgaben in % des BIP
□ öffentlich □ privat



Quelle: APA/OECD | Grafik: SPÖ

Österreich hat – im Vergleich zum OECD-Durchschnitt – zu wenig Studienanfänger und Absolventen.

INTERVIEW

„Aufbau statt Beschränkung“

Bildungsministerin Claudia Schmied und SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl im SPÖ Aktuell-Doppel-Interview über das Positionspapier der SPÖ zur Zukunft der Hochschulen und über Lösungen für das Problem der deutschen Numerus-Clausus-Flüchtlinge.

SPÖ Aktuell: Wenn in letzter Zeit von den Universitäten gesprochen wird, ist immer wieder von einer Misere die Rede. Wo liegen die größten Problembereiche und was ist zu tun?

Claudia Schmied: Die Fakten sind leider alles andere als rosig. Wir haben eine besonders niedrige Akademikerquote und auch bei der Studienanfänger- und Absolventen-Quote liegen wir deutlich unter dem OECD-Schnitt. Außerdem sind die Studienbedingungen vor allem in den so genannten Massenstudien völlig unzumutbar. Wir brauchen daher jetzt eine Offensiv-Strategie im Rahmen eines bundesweiten Hochschul-Plans: Mehr Studienanfänger, mehr Absolventen und bessere Studienbedingungen. Das Motto muss lauten: Aufbau statt Beschränkung. Sonst werden wir den Anschluss an die Europaspitze nicht schaffen.

Andrea Kuntzl: Wenn wir an die Spitze wollen, müssen wir auch mehr Geld in die Hand nehmen. Spitzenländer wie Kanada und Finnland investieren 1,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in die Hochschulen, wir dagegen nur 1,3 Prozent.

Stichwort mehr Geld für die Unis. Wie sehen die konkreten Pläne der SPÖ aus?

Schmied: In Zukunft sollen Universitäten keine Fix-Beträge, das heißt Globalbudgets für Forschung und Lehre mehr erhalten. Die Mittel für die Lehre müssen flexibel je nach den Studierenden-Zahlen vergeben werden. Mit diesem Studienplatzfinanzierungsmodell ist eine zielgerichtete Mittelverteilung möglich.

Kuntzl: Bis 2020 sollen zwei Prozent des BIP in den tertiären Sektor fließen. Hier



Bildungsministerin Claudia Schmied und SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl fordern von Noch-Wissenschaftsminister Hahn die Erarbeitung eines bundesweiten Hochschulplans ein. Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen kommen für die SPÖ nicht in Frage.



Fotos: SPÖ/Goldberg

Schmied: Wir lehnen Studiengebühren vehement ab. Die SPÖ bekennt sich zum Hochschulzugang ohne finanzielle Barrieren. Jeder Student, der leistungsfähig und leistungswillig ist, hat Anspruch auf einen guten Studienplatz in Österreich.

Kuntzl: Finanzielle und soziale Barrieren kommen für die SPÖ nicht in Frage. Der freie Hochschulzugang muss gesichert bleiben. Es kann nicht sein, dass viele ihr Studium aus finanziellen Gründen abbrechen müssen. Daher müssen

sehe ich den Wissenschaftsminister und den Finanzminister gefordert: Sie müssen einen verbindlichen Stufenplan zur Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels erstellen und umsetzen. Wir brauchen hier einen Masterplan, damit die nötigen zusätzlichen Mittel auch richtig eingesetzt werden.

Sind Zugangsbeschränkungen ein probates Mittel zur Lösung der Uni-Misere?

Schmied: Nein. Ganz sicher nicht. Wir müssen, wie gesagt, aufbauen und nicht beschränken. Daher: Nein zu quantitativen Zugangsbeschränkungen und Nein zu Knock-Out-Prüfungen. Was wir aber sehr wohl brauchen, sind qualitative Zugangsregelungen im Rahmen der Studieneingangsphase.

Kuntzl: Wichtig ist, dass die im neuen Universitätsgesetz vorgesehenen fairen Studieneingangsphasen geschaffen werden. Hier geht es um eine bessere Orientierung für Studierende und ausdrücklich nicht um Zugangsbeschränkungen.

Die ÖVP verlangt lautstark Studiengebühren. Ihre Position dazu?

wir das Stipendiensystem genau durchleuchten und ausbauen: Studierende aus einkommensschwachen Familien oder Studierende mit Kindern brauchen hier klare Verbesserungen.

Immer mehr deutsche Numerus-Clausus-Flüchtlinge drängen an unsere Unis. Welche Lösung sehen Sie hier?

Schmied: Ich halte es für eine himelsschreiende Ungerechtigkeit, wenn österreichische Studierende wegen der hohen Zahl deutscher Studenten Verschlechterungen in Kauf nehmen müssen. Der Bundeskanzler hat klargestellt, dass wir dieses Problem ansprechen müssen. Wissenschaftsminister Hahn muss jetzt, und das noch vor seinem Weggang nach Brüssel, unverzüglich Gespräche mit Deutschland über einen finanziellen Ausgleich aufnehmen.

Kuntzl: Österreich braucht ein faires Modell, das die Lasten gerecht verteilt. Denn es kann ja wirklich nicht sein, dass unsere Unis und unsere Studenten für die Auswirkungen des deutschen Numerus Clausus büßen müssen. ♦

BUNDESPRÄSIDENTEN-WAHL

Heinz Fischer kandidiert wieder

Letzte Woche bereitete der amtierende Bundespräsident Heinz Fischer sämtlichen Spekulationen über eine Kandidatur ein Ende: Er wird sich 2010 der Wiederwahl stellen.

viele Kontakte mit der Bevölkerung aus „allen Schichten“ gehabt – vom Neusiedlersee bis zum Bodensee. Fast alle Bezirke konnte er in seiner ersten Amtszeit besuchen und eine Visite derjenigen, die noch offen sind, wird sich bis zum Ende seiner Legislaturperiode im Juni 2010 auch noch einrichten lassen.

„Ich werde meine Aufgabe bis zur Wahl unverändert wahrnehmen.“

Bundespräsident Heinz Fischer

Gern gesehener Gast in aller Welt

Vor allem Fischers seit Jahrzehnten gut gepflegte internationale Kontakte erwiesen und erweisen sich für Österreich als besonders wertvoll. „Ich habe viel Zeit aufgewendet, Österreich und die rot-weiß-rote Fahne im Ausland bestmöglich zu vertreten“, betonte Bundespräsident Fischer, der international hohes Ansehen genießt. Im Inland verwies Fischer auf sein „korrektes Verhältnis“ zu Bundesregierung, Ländern, Städten, Gemeinden, NGOs und Religionsgemeinschaften. Seine politische Erfahrung ist vor allem in schwierigen Zeiten ein Garant für die Stabilität und eine positive Entwicklung des Landes.

Prominentes Unterstützungskomitee

Zahlreiche hochkarätige Vertreter aus Kunst, Kultur, Wirtschaft und Politik riefen eine überparteiliche Initiative zur Unterstützung der Wiederwahl des amtierenden



Hochkarätig besetzt ist das Personenkomitee für Heinz Fischer.

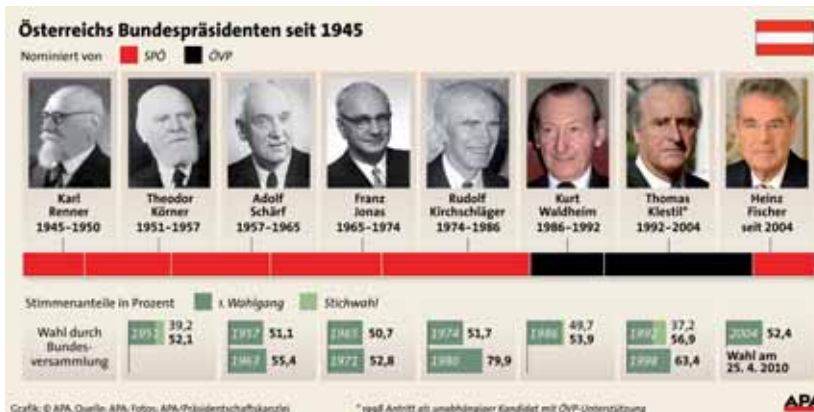
Bundespräsidenten ins Leben. „Heinz Fischer ist ein Mensch mit Haltung, einer der sich nicht verbiegen lässt, einer der kein Opportunist ist, einer der nicht spurt, einer der ganz genau weiß, was für dieses Land richtig ist“, erklärte der Journalist und Autor Hugo Portisch. Neben Portisch finden sich auch andere Prominente im Unterstützungskomitee: Ewald Nowotny, Heide Schmidt, Anton Zeilinger, Steffi Graf, Paul Lendvai, Brigitte Ederer, Harald Krassnitzer, Chris Lohner, Willi Resitarits, uvm. Heinz Fischer selbst bedankte sich bei „all jenen Personen, die dem überparteilichen Komitee beigetreten sind“.



Der Bundespräsident ortet große Zufriedenheit und Akzeptanz in der Bevölkerung.

Via Facebook und Internet-Video verlaubliche Heinz Fischer, der achte Bundespräsident der Zweiten Republik, letzte Woche sein Vorhaben, sich nächstes Jahr im April einer Wiederwahl als parteiunabhängiger Kandidat zu stellen. Viele zeigten sich über den unkonventionellen und kreativen Zugang zu „Neuen Medien“ und dem so genannten Web 2.0 positiv überrascht. Fischer selbst betonte in diesem Zusammenhang, dass er sich damit direkt an die Bürger wenden möchte, überdies will er weder Zeitungen noch audiovisuelle Medien bevorzugen.

Im Zuge einer Pressekonferenz nahm Fischer Stellung zu seiner Kandidatur. Er zeigte sich zufrieden mit seiner bisherigen Arbeitsbilanz und erfreut über das hohe Maß an Akzeptanz und Zustimmung in der Bevölkerung, weit über Parteigrenzen hinweg. Das kommt auch nicht von ungefähr. In seiner Amtszeit hat Heinz Fischer sehr



Mehr als zwei Drittel – 71 Prozent – zeigen sich in einer OGM-Umfrage für „News“ zufrieden mit der Amtsführung von Bundespräsident Heinz Fischer.

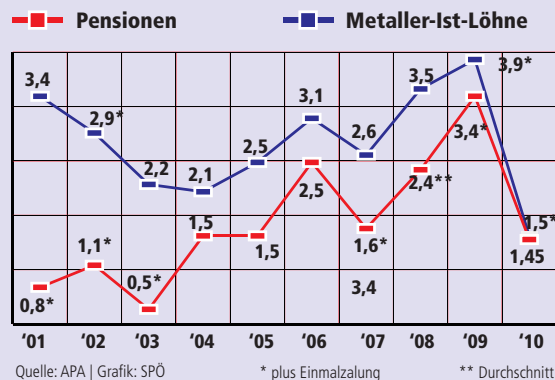
PENSIONEN

1,5 Prozent höhere Pensionen

Dank intensiver Verhandlungen konnte neben der Erhöhung der Pensionen um 1,5 Prozent eine Einmalzahlung für die Bezieher von geringen Pensionen erreicht werden.

Metaller-Abschlüsse und Pensionserhöhungen

Erhöhung in %



Erstmals bekommen die Pensionisten ein höheres Gehaltsplus als die Metaller, um ihnen die Teuerung vom vergangenen Jahr abzugelten.

Die Pensionistenvertreter zeigten sich mit dem Ergebnis der Pensionsverhandlungen zufrieden. So wurde eine Erhöhung der Pensionen

Rudolf Hundstorfer. Und: Die Pensionen hätten auch ohne Einigung um 1,5 Prozent erhöht werden müssen – dies ist gesetzlich vorgeschrieben. ♦

bis 2.466 Euro monatlich um 1,5 Prozent erreicht. Für Pensionen über 2.466 Euro gibt es einen Fixbetrag von 36,99 Euro monatlich. Bezieher von kleinen Pensionen bis zu 1.300 Euro erhalten eine zusätzliche Einmalzahlung mit einem Gesamtbudget von 35 Millionen Euro. Die Tatsache, dass die Pensionisten diesmal ein höheres Plus als die Metaller erhalten, erklärt Bundeskanzler Werner Faymann damit, dass die Pensionisten bei den letzten Verhandlungsrunden schlechter ausgestiegen sind. „Die Pensionisten müssen die Teuerung vom vergangenen Jahr abgegolten bekommen, darum ist der Abschluss etwas höher“, so Sozialminister



Bundeskanzler Faymann: „Pensionisten müssen Teuerungen vom vergangenen Jahr abgegolten bekommen.“

SPEKULATION

Schluss mit Spekulationen mit Steuergeldern



Finanzstaatssekretär Andreas Schieder wertet die Ergebnisse der Expertengruppe auch als Kritik der vergangenen Spekulationen der ÖBFA.

Schieder Experten definieren Grenze für Veranlagungen von Staatsvermögen. Der RH soll vergangene Geschäfte prüfen.

Die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) – zuständig für das Liquiditäts- und Schuldenportfoliomanagement der Republik – hat bis zum Sommer 2007 in großem Stil in riskante Spekulationen investiert. Verluste bis zu maximal 616,9 Millionen Euro drohen laut Rechnungshof. Bundeskanzler Werner Faymann handelte rasch und entschlossen, berief einen Anti-

Spekulationsgipfel mit hochkarätigen Spezialisten sowie eine Expertengruppe zur Definition zukünftiger Regeln ein. Nun liegen Ergebnisse der Expertengruppe vor: Risikomanagement wird groß geschrieben, weiters sollen klarere Veranlagungsvorschriften kommen. ♦

ARBEITSRECHT

Arbeitgeber schulden Krankenkassen Millionen



SPÖ-Nationalratsabgeordneter Franz Riepl will höhere Mahngebühren und verstärkte Kontrollen, damit die Unternehmen ihrer Verpflichtung nachkommen.

SPÖ Österreichs Arbeitgeber schulden den Krankenkassen hunderte Millionen an Sozialversicherungsbeiträgen.

Von 2000 bis 2008 musste von den Krankenkassen über eine Milliarde Euro an Sozialversicherungsbeiträgen als uneinbringlich abgeschrieben werden. Für SPÖ-Nationalratsabgeordneten Franz Riepl ist dieser Zustand, „der das gesamte Sozialsystem in Gefahr bringt“, nicht länger haltbar. Unternehmer müssen ihrer Pflicht nachkommen, die von den Arbeitnehmern ja bereits eingehobenen Beiträge auch an die Gebietskrankenkassen abzuführen, so Riepl. Mit der neuen, unter Sozialminister Rudolf Hundstorfer eingeführten, Auftraggeber-Haftung (AGH), die mit 1. September 2009 in Kraft getreten ist, sollte es künftig vor allem möglich sein, den in der Bauwirtschaft stattfindenden Sozialbetrug zu bekämpfen. ♦

EUROPÄISCHE UNION

Der EU-Vertrag von Lissabon ist da

Am 1. Dezember 2009 tritt der Vertrag von Lissabon in Kraft – und bringt mehr Demokratie und Bürgernähe.

Als „Durchbruch für Europa“ bezeichnete der SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried die Einigung auf den Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft tritt. Die 27 EU-Staats- und Regierungschefs haben sich damit auf ein Vertragswerk geeinigt, das einen Schritt in Richtung mehr Demokratie, Bürgernähe und erhöhte Handlungsfähigkeit darstellt. „Der Vertrag sieht effizienteres Handeln durch eine schlanke Kommission, die Ausdehnung des Mehrheitsprinzips, und die Verlängerung der Ratspräsidentschaft vor“, erklärt der SPÖ-EU-Abgeordnete und Vizepräsident der S&D-Fraktion Hannes Swoboda.

Mehr Mitsprache für Europas Bürger

Auch die Bürger sind künftig gefragt, sich durch Einreichen einer so genannten „Bürgerinitiative“ stärker zu engagieren und damit die EU-Kommission zu Gesetzesvor-



Am 1. Dezember 2009 erhält die EU eine neue Rechtsgrundlage durch den Lissabonvertrag.

schlägen aufzufordern. Zudem wird die Rolle der nationalen Parlamente gestärkt

(Subsidiaritätsprinzip), auch das Europäische Parlament erhält mehr Mitspracherecht.

Weitere Änderungen ergeben sich mit einer neuen EU-Außenministerin, die mit der Sozialdemokratin Catherine Ashton „ausgezeichnet besetzt“ ist, zeigt sich Leichtfried überzeugt. Die Einführung der Grundrechte-Charta – außer in Tschechien, Polen und Großbritannien – wiederum setzt auf eine Stärkung der Menschenrechte in der EU.

Personelle Verstärkung in Brüssel

Mit dem Vertrag von Lissabon ergeben sich auch personelle Änderungen: Österreich erhält zwei EU-Abgeordnete mehr, weshalb die SPÖ-Delegation in Brüssel ab Inkrafttreten des Vertrags durch Joe Weidenholzer verstärkt wird – „einem Mann mit hohem sozialen Bewusstsein“, freut sich Leichtfried. ♦

INTERVIEW

„Projekt Europa in den Herzen verankern“

Drei Fragen an Jörg Leichtfried, den Leiter der SPÖ-EU-Delegation.

SPÖ Aktuell: Was bringt der Vertrag von Lissabon den Menschen in Österreich?

Jörg Leichtfried: Sie werden Europa stärker wahrnehmen. Dies resultiert daraus, dass die nationalen Parlamente enger in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Der Spruch „alles Schlechte kommt aus Brüssel, alles Gute kommt von uns“ wird nicht mehr länger haltbar sein. Zum anderen haben auch die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, europäische Politik selbst mitzubestimmen, beispielsweise durch das Bürgerbegehren.

Welche Anliegen hätte die europäische Sozialdemokratie gerne noch stärker verankert gesehen?

Leichtfried: Für uns ist der Vertrag von Lissabon nur ein erster – wenn auch sehr wichtiger – Schritt zu einem sozialen und

demokratischen Europa. Was uns fehlt ist eine verbindliche Sozialrechte-Charta, denn soziale Rechte müssen den gleichen Stellenwert haben wie der Binnenmarkt. Des Weiteren wären für uns noch mehr direktdemokratische Elemente wünschenswert, die Menschen sollten die Chance haben, vermehrt über europäische Themen abzustimmen.

Wie kann die EU noch näher zu den Bürgerinnen und Bürgern in Österreich gebracht werden?

Jörg Leichtfried: Der neue Vertrag sieht mehr Transparenz vor. Es ist positiv zu bewerten, dass zukünftig Sitzungen des Rates öffentlich sein werden. Die Menschen erhalten somit mehr Einblicke in die Entscheidungsfindungen und es wird daher auch leichter verständlich wie – manchmal auch unliebsame – Regelungen



„Die EU muss die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen“, so SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried.

gen zu Stande kommen. Nur wenn in der EU die Sorgen und Ängste der Menschen ernst genommen werden, kann es uns gelingen, das Projekt Europa in den Herzen der Europäerinnen und Europäer zu verankern. ♦

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Forschungsstrategie für Österreich

Die SPÖ-geführte Bundesregierung entwickelt unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Werner Faymann eine Forschungsstrategie für Österreich.



Bundeskanzler Werner Faymann und sein Vizekanzler leiten den Diskussionsprozess.

Bei einer hochkarätig besetzten Veranstaltung wurden auf Einladung von Bundeskanzler Werner Faymann die Eckpunkte für die Strategie der Bundesregierung zu Forschung, Technologie und Innovation (FTI) bis 2020 fest-

gelegt. Sechs Mitglieder der Bundesregierung sowie Wirtschaftsforscher, Sozialpartner und Vertreter der wichtigsten Forschungseinrichtungen diskutierten darüber, wie Österreich von einem „Innovation Follower“ zu einem europäischen „Inno-

vation Leader“ werden kann. Noch vor dem Sommer 2010 sollen erste Ergebnisse präsentiert werden. „Forschung und Entwicklung stehen in engem Zusammenhang mit Bildung und Ausbildung und spielen eine zentrale Rolle für die Zukunft unseres Landes“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann bei der Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen der Expertinnen und Experten. Auch Infrastrukturministerin Doris Bures zeigte sich zuversichtlich: „Wir wollen die Innovationsleistung des Standorts Österreich weiter steigern. Das verbessert unsere Wettbewerbsposition und schafft neue, hochwertige Arbeitsplätze.“ Die gesamte Regierung wird mit vollem Einsatz an der Umsetzung der Strategie arbeiten. „Welchen Stellenwert wir der Strategie beimessen, zeigt sich schon daran, dass ich selbst gemeinsam mit dem Finanzminister und Vizekanzler den Prozess leiten werde“, so der Kanzler. ♦

EUROPÄISCHER SOZIALFONDS (ESF)

Wichtiges Instrument der Arbeitsmarktpolitik

In der Förderperiode 2007-2013 stehen über 1,2 Milliarden Euro für ESF-Maßnahmen in Österreich zur Verfügung – eine wichtige Unterstützung, besonders in Zeiten der Krise.

Die Reaktion des Europäischen Sozialfonds auf die Wirtschaftskrise bestand im Vorziehen von Fördermitteln und damit in der Verstärkung und Intensivierung der Maßnahmen im Jahr 2009“, erklärte Sozialminister Rudolf Hundstorfer. Das ESF-Budget für das AMS wurde 2009 zur Krisenbewältigung um 14 Millionen Euro auf insgesamt rund 57 Millionen Euro erhöht, indem Mittel vorgezogen wurden. Das AMS erhält für den gesamten Förderzeitraum 2007-2013 306 Millionen Euro an ESF-Mitteln. Die Weiterbildung von Beschäftigten hat einen hohen Stellenwert im österreichischen ESF-Programm. Jährlich werden vom AMS im Durchschnitt 27.000 Personen in Aus- und Weiterbildungen über die Qualifizierungsförderung für Beschäftigte von Klein- und Mittelbe-

trieben gefördert. Die Qualifizierungsberatung, finanziert über den ESF, unterstützt diese Unternehmen bei der Suche nach Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für ihre Beschäftigten bzw. bei der Personalentwicklung. Seit 2007 wurden hier insgesamt 2.311 Unternehmen unterstützt. Das ESF-Programm wurde aufgrund der Krise erweitert, sodass auch Unternehmen, die ihre Beschäftigten in der Kurzarbeit qualifizieren, Unterstützung erhalten. Dazu kommt die Flexibilitätsberatung für große Unternehmen zum Auf- und Ausbau eines flexiblen Personalmanagements. Mit der neuartigen „Flexibilitätsberatung plus“ stehen betroffenen Unternehmen seit 1. April 2009 die innovativen arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie Bildungskarenz plus, Kurzarbeit und Qualifizierung in den

Unternehmen zur Verfügung. „Wichtig sind uns aber auch all die Maßnahmen für Jugendliche, die wir mit dem ESF setzen – vom Hauptschulabschlusskurs bis zur Facharbeiters Ausbildung und alle innovativen Maßnahmen im Übergang von Schule und Beruf“, so Hundstorfer. ♦



Sozialminister Rudolf Hundstorfer: „Der ESF ist ein wichtiges Instrument und integrierter Bestandteil der österreichischen Arbeitsmarktpolitik an der Schnittstelle zu Bildungs- und Sozialpolitik.“

Zeitgeschichte

Bittersüße Heimat: Türkei

Eine lebendige Reportage über die Situation in der Türkei von der Sozialwissenschaftlerin Necla Kelek.

„Bittersüße Heimat – dieses widersprüchliche Bekenntnis beschreibt treffend mein Verhältnis zu dem Land, aus dem ich komme“, so die Autorin Necla Kelek über ihr jüngstes Werk. Die gebürtige Türkin spricht über türkische Gedichte, den glitzernden Bosphorus, die kulinarischen Verlockungen ebenso wie über das Schicksal der Frauen Anatoliens, die der Herrschaft der Männer ausgeliefert und von der Politik allein gelassen werden; über die Unfähigkeit der türkischen Gesellschaft, sich zu

erinnern an das, was im Namen des ‚Türkentums‘ Minderheiten angetan wurde. Der Bericht aus dem Inneren eines modernen Landes deckt unter der Oberfläche die Zerklüftungen auf, die zerrissenen Mentalitäten und die politischen Widersprüche: Woher kommt, wohin treibt die Türkei? Die Autorin, die seit Jahren in Deutschland lebt und zu Religion und Migration forscht, leistet einen wichtigen Beitrag zum Verständnis türkischer Identität und zur Debatte über Integration in der westlichen Welt. ♦

Sachbuch

Gleich, gleicher, ungleich!

Christa Wichterlich über die Notwendigkeit der Transformation gesellschaftlicher Machtstrukturen.

Die derzeitige Wirtschaftskrise beendet eine Globalisierungsphase, in der Frauen einen historischen Quantensprung nach vorn getan haben.

An der Erwerbsarbeit wie an Politik und anderen öffentlichen Bereichen sind sie beteiligt wie nie zuvor. Doch Integration und Partizipation bedeuten weder Geschlechtergleichheit noch ein Ende von Diskriminierung und Gewalt. Feministisches Denken muss sich daher mit einer systematischen Gesellschafts-, Öko-

nomie- und Globalisierungskritik verschränken, um über den eigenen Teller- und Rand hinauszublicken.

Christa Wichterlich geht in ihren zusammengestellten Aufsätzen den Paradoxien von Frauenrechtskämpfen und Gleichstellungspolitiken auf den Grund. Dabei schlägt sie einen Bogen von der Globalisierung der Frauenbewegungen über die Zwiespältigkeit der Integration hin zu neuen feministischen Perspektiven. ♦

Autobiographie

Mein Leben für Liberia

Die erste weibliche Präsidentin Afrikas erzählt – vom Kampf gegen Widerstand und Vorurteile.

Monrovia, 8. November 2005. Im durch Armut und Bürgerkriege zerrütteten Liberia finden Wahlen statt. Zum ersten Mal in der Geschichte Afrikas kommt eine Frau an die Macht. Am 16. Januar 2006 wird Ellen Johnson Sirleaf als erste demokratisch gewählte Staatschefin vereidigt. Große Aufgaben warten auf sie: Sie muss das Land wieder aufbauen, die Korruption bekämpfen und neue Jobs für Kindersoldaten finden – und Sirleaf schafft es: Sie gibt einer Krisenregion die Zuversicht zurück.

Ellen Johnson Sirleafs Lebensgeschichte ist geprägt vom Kampf gegen Armut und soziale Ungerechtigkeit. Die Enkelin eines deutschen Großvaters wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf. Mehrfach musste die studierte Wirtschaftswissenschaftlerin ihre westafrikanische Heimat verlassen, weil sie als Finanzministerin Kritik an den bestehenden politischen Verhältnissen geübt hatte. Ihre Lebensgeschichte macht sie zum Symbol der Hoffnung und zum Vorbild eines neuen Afrikas. ♦

☐ Stk.


Necla Kelek
Bittersüße Heimat. Bericht aus dem Inneren der Türkei.
Goldmann, München 2009;
352 Seiten, 10,30 €

☐ Stk.


Christa Wichterlich
gleich, gleicher, ungleich.
Ulrike Helmer Verlag,
Sulzbach/Taunus 2009,
240 Seiten, 20,50 €

☐ Stk.


Ellen Johnson Sirleaf
Mein Leben für Liberia. Die erste Präsidentin Afrikas erzählt.
Krüger Verlag, Frankfurt 2009,
432 Seiten, 19,95 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

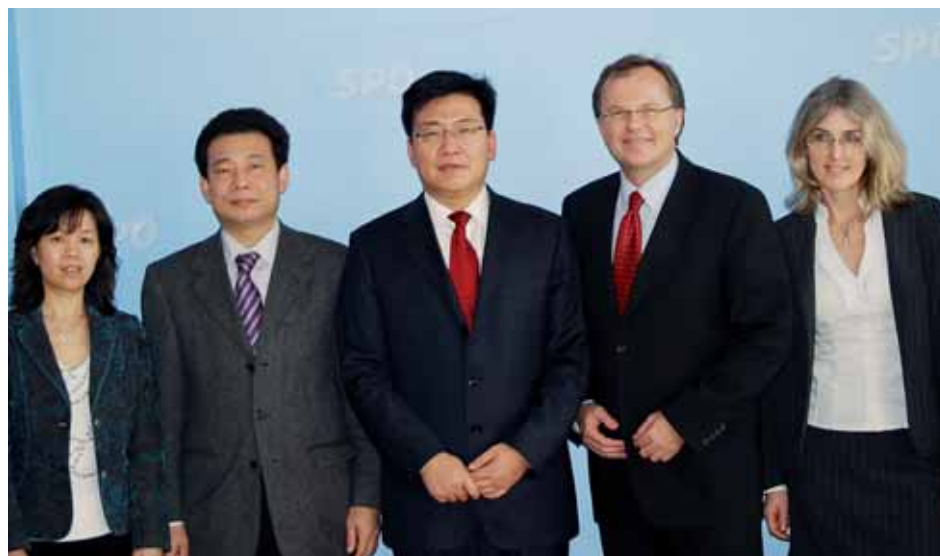
Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



SPÖ

Österreich und China: Politik und Fußball

Eine chinesische Delegation informierte sich bei einem Wien-Besuch über die österreichische Sozialdemokratie.



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter mit der chinesischen Delegation in der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle.



Fotos: SPÖ

ZUM THEMA



SPÖ

Günther Kräuter, der leidenschaftlich gern Fußball spielt, hat ein völkerverbindendes österreichisch-chinesisches Fußball-Event fixiert.

Fußball verbindet

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, der Mitte nächsten Jahres in Peking politische Gespräche führen wird, hat mit Vizeminister Guo Yezhou ein wohl einzigartiges völkerverbindendes Zusammentreffen vereinbart. Eine Auswahl von fußballspielenden Spitzenpolitikern Pekings empfängt die steirische Mannschaft Günther Kräuters, den TUS Eisbach-Rein, zu einem Freundschaftsspiel in der chinesischen Hauptstadt. Kräuter: „Wir freuen uns sehr über diese große Auszeichnung und die große sportliche Herausforderung.“

Hoher Besuch aus China in der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle in der Wiener Löwelstraße. Vizeminister Guo Yezhou von der Internationalen Abteilung beim Zentralkomitee der KP Chinas interessierte sich sehr für die aktuelle Situation der sozialdemokratischen Parteien in Europa und in Österreich. Begleitet von „China-Professor“ Gerd Kaminski, der Internationalen Sekretärin der SPÖ, Ulrike Hartmann, und Botschaftsrat Wang Shunqing fand dieser Tage ein sehr intensives Programm mit den chinesischen Gästen, welches auch ins Renner-Institut führte, statt. „Vizeminister Guo informierte in einem hochinteressanten Vortrag über die rasante Entwicklung Chinas, die seit der Einführung der sozialistischen Marktwirtschaft hohe Wachstumsraten aufweist. Obwohl auch China von der globalen Krise betroffen ist, hat sich diese im bevölkerungsreichsten Staat der Erde bislang weniger stark bemerkbar gemacht als im Westen. Delegationsmitglied Qi Zhala aus der Provinz Yunnan ergänzte die Chinainformation mit einer Schilderung der Entwicklung auf dem Land am Beispiel Tibets, „wo in den Bereichen Stromversorgung, Gesundheitsversorgung und Umweltschutz in den letzten Jahren große Fort-

schritte erzielt wurden.“ Vizeminister Guo Yezhou, der fließend Deutsch spricht, hat spontan eine Einladung für eine Delegation von jungen Nachwuchspolitikern und -politikerinnen der SPÖ nach China ausgesprochen. Ein sehr intensiver Austausch fand auch mit der außenpolitischen Sprecherin der SPÖ, Christa Muttonen und der stellvertretenden Bundesratspräsidentin, Susanna Neuwirth statt.

Politische Gespräche wurden u.a. im Rahmen einer Einladung von Staatssekretär Andreas Schieder geführt, der bereits mehrfach China bereist hat. Im Vordergrund stand dabei stets der Ausbau der bilateralen Beziehungen, insbesondere die Intensivierung der Wirtschaftsverflechtungen. Schieder: „Es ist immer eine Freude, sich mit so gut informierten und klugen Gesprächspartnern auseinanderzusetzen. Natürlich geht es in Gesprächen mit Politikern wie Guo Yezhou um aktuelle Themen wie den Umgang mit der Wirtschaftskrise in Europa, Österreich und China. Gleichzeitig entwickeln sich aber auch grundlegende Diskussionen über Zugänge und Vorstellungen von Politik, die, das kann ich für mich behaupten, den persönlichen Horizont erweitern und hoffentlich am Ende dazu beitragen, dass wir in Österreich, und Guo Yezhou in China mehr Verständnis für die andere Seite entwickeln und mit neuen politischen Ansätzen auch ein bisschen bessere Politik für die Menschen des eigenen Landes machen.“

KINDERFREUNDE

Kinder kämpfen für ihre Rechte



Hunderte Kinder folgten dem Aufruf, für ihre Rechte einzutreten und sie gemeinsam mit den Kinderfreunden einzufordern.

Die Kinderfreunde veranstalteten anlässlich des 20-jährigen Jubiläums der UN-Kinderrechtskonvention eine Demo, an der rund 600 Kinder aus ganz Österreich teilnahmen. Sie forderten unter anderem das Recht auf Bildung und setzten ein Zeichen gegen Diskriminierung. Solidarisch mit den Kindern zeigten sich Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, SPÖ-Kinder- und Jugendsprecherin Angela Lueger sowie SPÖ-EU-Abgeordnete Karin Kadenbach. Sie bekamen von den Demonstranten Forderungen an die Politik überreicht. Abgerundet wurde der Tag mit einem gemeinsamen Fest in der Arena Wien. „Es war eine extrem friedliche,



EU-Abg. Karin Kadenbach, BM Gabriele Heinisch-Hosek und Kindersprecherin Angela Lueger im Kreise der Kinder, für deren Rechte sie sich engagieren.

bunte und laute Kundgebung“, berichtete Kinderfreunde-Bundesgeschäftsführer Gernot Rammer. Unter den erwachsenen Teilnehmern ging es auch um die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung. Rechte wie etwa das Recht auf Gewaltfreiheit, auf Schutz vor sexual-

lem Missbrauch, sowie auf Partizipation in allen Belangen werden in Österreich in die Verfassung aufgenommen – sobald die Verhandlungen mit der Opposition abgeschlossen sind. „Viele Kinder gehen auf die Straße, um klarzumachen: Wir brauchen eine Lobby. Diese Lobby können wir Politikerinnen und Politiker jetzt sein“, ist Heinisch-Hosek überzeugt. Und Lueger ergänzt: „Die Sozialdemokratie und allen voran die Kinderfreunde Österreich haben seit Jahrzehnten für die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung gekämpft.“ Künftig werden Kinder in Österreich damit die Möglichkeit haben, ihre Rechte vor Gericht durchzusetzen. ♦

RED BIKER

Wechsel an der Spitze



Erwin Buchinger folgt Hannes Jarolim als Präsident der RED BIKER nach.

Der frühere Sozialminister Erwin Buchinger, seines Zeichens leidenschaftlicher

Motorradfahrer, ist der neue Präsident der RED BIKER, einer der größten Moped- und Motorradorganisationen Österreichs. Er folgt damit Hannes Jarolim nach, der sechs Jahre lang Präsident der Organisation war. Die wichtigsten Anliegen Buchingers sind die Sicherheit der Motorradfahrer, der Abbau von Ungleichbehandlungen mit Autofahrern, umweltgerechtes Fahren sowie soziales Engagement. Die RED BIKER verstehen sich als Interessenvertretung der rund 660.000 Moped- und Motorradfahrer in Österreich. ♦



Der neue RED BIKER-Präsident Erwin Buchinger engagiert sich für Sicherheit auf den Straßen.

Red Biker

SOHO

15 Jahre Sozialdemokratie & Homosexualität



Die SoHo feierte ihr 15-jähriges Bestehen im Einsatz für die Rechte Homosexueller.

„Wir kämpfen für Respekt und Gleichberechtigung, keiner darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden“, betonte der SoHo-Bundesvorsitzende Peter Traschkowitsch anlässlich des 15-jährigen Jubiläums. Dennoch bleibt viel zu tun, ist Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek überzeugt: „Wir arbeiten weiter daran, schwule oder lesbische Abgeordnete in unserem Kreis zu haben.“ Zu den Gratulanten zählten auch die Wiener Vizebürgermeisterin Renate Brauner und Frauenstadträtin Sandra Frauenberger, die die SoHo für ihren langen Atem und ihr Engagement für die Gleichstellung lobte. ♦



Novotny

„Wir kämpfen seit 15 Jahren für Gleichbehandlung und Chancengleichheit“, so der SoHo-Bundesvorsitzende Traschkowitsch (Mitte), im Bild mit der Frauenministerin Heinisch-Hosek und SoHo-Vorstandsmitglied Manfred Schütz.



Ein sehr guter Vorschlag!

Max Kothbauer zu den SPÖ-Vorschlägen in Sachen Hochschulpolitik.



Universität Innsbruck

Natürlich dürfen sich die Universitäten nicht nur auf die Politik ausreden. Wir alle müssen auch unsere eigenen Hausaufgaben machen. Für das von Bundesministerin Claudia Schmied und SPÖ-Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl vorgeschlagene Studienplatzfinanzierungsmodell müssen manche Universitäten erst die Voraussetzungen schaffen. Und was den „Hochschulplan“ betrifft, sollten die autonomen Universitäten offen in eine Diskussion mit der Politik treten.

Zentral ist für mich die faire Gestaltung der neuen Studieneingangsphasen. Wer sie für Studienplatzbeschränkung missbraucht, verkennt ihren Sinn. Sie sollen den Studierenden Grundkenntnisse und Überblick über ihr künftiges Studium vermitteln und zugleich eine Verbindlichkeit für

Wer die Studieneingangsphase schafft, soll gut studieren können.

„Ich freue mich, dass sich die Sozialdemokratie zu einem echten Stufenplan zur Erhöhung der Hochschulbudgets bekennt.“

Bildung und Ausbildung sind die Motoren des Wohlstands eines Landes. Wenn hier Fehler gemacht werden, dann leiden künftige Generationen an den Folgen. Die Sozialdemokratie steht in einer großen bildungspolitischen Tradition. Daher freut es mich, dass nun wieder eine starke Ansage der sozialdemokratischen Bildungspolitikerinnen und -politiker kommt. Es stimmt, die Fakten zeigen den Handlungsbedarf.

Österreichs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind durchaus erfolgreich, wenn es um die Forschung geht. Was die Lehre betrifft, so erwarten wir von ihnen in

manchen Fächern schier Unmögliches. Mit viel zu bescheidenen Mitteln sollen sie eine steigende Anzahl von Studierenden betreuen und können dieser Aufgabe oft nur unter größtem persönlichem Einsatz nachkommen. Aber wie soll man individuellen Unterricht bieten, wenn die Hörsäle platzen. Frustration und Studienabbruch sind oft die Folgen.

Da bedarf es tatsächlich eines politischen Kraftaktes. Ich freue mich, dass sich die Sozialdemokratie zu einem echten Stufenplan zur Erhöhung der Hochschulbudgets bekennt. Da geht es am Anfang nicht um Unsummen. Wenn die Universitäten insgesamt in den nächsten Jahren zusätzlich zunächst je 100 Millionen für bessere Studienbedingungen, für Forschung und für die dringend notwendige Sanierung der Gebäude erhielten, wäre uns sehr geholfen. Zudem wäre dies auch ein tolles Konjunkturpaket!

beide Seiten begründen. Das ist für alle von Vorteil. Der entscheidende Satz des neuen Konzeptes aber ist: Wer die Studieneingangsphase schafft, soll gut studieren können.

Vielleicht wird die öffentliche Hand nicht alles finanzieren können, was sich Forscherinnen und Forscher oder Studierende wünschen, aber das Prinzip, nach der Studieneingangsphase gut betreut zu werden, wird wohl für die meisten Fächer umsetzbar sein.

Die Leitungsorgane der Universitäten sollten noch besser zuhören, was die Angehörigen der Universität wirklich erleben und was sie bewegt. Die Universität ist ein Ort des Diskurses, auch über sich selbst. ♦

Max Kothbauer ist Vize-Präsident der Österreichischen Nationalbank und Vorsitzender des Universitätsrats der Universität Wien.

TERMINKALENDER

Mittwoch, 2. Dezember

Kulturpolitik und „1989“ – Aufbruch, Kontinuität und Wandel



APA

1989: Die „Berliner Mauer“ fällt

Die Auswirkungen des historischen Jahres 1989 auf die Kulturpolitik in Deutschland und Österreich stehen im Zentrum der hochkarätig besetzten Diskussionsrunde. Die deutsche Kulturökonomin Cornelia Dümcke, Josef Kirchberger von der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik, Anke Martiny, Senatorin für Kulturelle Angelegenheiten des Landes Berlin von 1989 bis 1991, sowie Ursula Pasterk, Wiener Kulturstadträtin a.D., unterhalten sich auch über kulturpolitischen Entscheidungen und Hoffnungen, die mit 1989 in Verbindung standen. Als Moderatorin fungiert Veronika Ratzenböck, die Veranstaltung erfolgt in Kooperation zwischen der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik, der „österreichischen kulturdokumentation internationales archiv“ und der KUNSTHALLE Wien. Information: Tel: 0664-830 44 48

kulturpolitik@gmx.at
www.kulturpolitik.spoe.at

Beginn: 19.00 Uhr
Kunsthalle Wien im MQ
Museumsplatz 1, 1070 Wien

Donnerstag, 3. Dezember und Freitag, 4. Dezember

Höhepunkte – Wege zur Lust

Diskussionsrunde mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, JG-Bundesvorsitzender Tina Tauß, Bernhard Ludwig (Kabarettist), Sandra Gathmann (Sexualtherapeutin), Gabriele Kuhn (KurierJournalistin u. Autorin); Moderation: Birgit Hierhacker. Anschließend: Workshops und Ausklang mit einem „Fest der Lust“.

Beginn: 15.00 Uhr

Ega
Windmühlgasse 26,
1060 Wien

Samstag, 5. bis Dienstag, 8. Dezember

Bildungswerkstatt BiWe 2009

Workshops. Filme. Diskussionen. Party. Politik. Mit diesen Schlagworten ist die Bildungswerkstatt der Sozialistischen Jugend wohl am besten zu umschreiben. Mit über 250 Jugendlichen aus ganz Österreich gehört die BiWe zu einem der größten Jugendtreffen. Neben den Workshops zu verschiedensten aktuellen politischen Themen gibt es Diskussionsrunden, in denen Experten Rede und Antwort über die politische Entwicklung in Österreich stehen.

Anmeldung & Information:
Sozialistische Jugend Österreich
Tel: 01-523 41 23

www.sjoe.at, office@sjoe.at
Jugendgästehaus Cap Wörth
9220 Velden am Wörthersee

Montag, 7. Dezember

Die Rolle von PR-Agenturen in der internationalen Politik

Das Renner-Institut und „International – Die Zeitschrift für internationale Politik“ laden ein zum Vortrag von Jörg Becker, Gastprofessor an der Universität Innsbruck, Prof. h.c. an der Universität Marburg und seit 2009 auch Dozent an der Open University in Kuala Lumpur. Jörg Becker, dessen wissenschaftliche Schwerpunkte auf empirische Sozialforschung, internationale Beziehungen, Friedens-, Kommunikations-, Kultur- und Technologieforschung, Migration und Minderheiten liegen, beleuchtet dabei den Ist-Zustand internationaler Politik. Einleiten wird Fritz Edlinger von der Zeitschrift „International“, die Moderation übernimmt Martin Janata vom Renner Institut.

Anmeldung: Renner-Institut
Tel: 01-804 65 01

post@renner-institut.at

Beginn: 19.00 Uhr

Renner-Institut, Kreisky-Saal

Eingang: Gartenhotel Altmanndorf,
Hoffingergasse 26, 1120 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a. Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Boris Ginner, Mag^a. Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a. Andrea Schmidt, Susanne Vockenhuber, Layout: Thomas Lehmann, Bildredaktion: Emil Goldberg, Coverfoto: Lehmann Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

NET NEWS

www.heinzfischer.at

Alles über Heinz Fischer

Vergangene Woche hat Heinz Fischer seine Wiederkandidatur bekannt gegeben und sein überparteiliches Personenkomitee rund um Hugo Portisch hat sich der Öffentlichkeit präsentiert. Auf der Website **www.heinzfischer.at** ist nachzulesen, warum sich viele Prominente wünschen, dass Fischer eine zweite Amtszeit in der Hofburg bleiben soll. Fischer-Fans können sich auf

der Seite registrieren und ihren Kandidaten auf vielfältige Weise unterstützen, sei es mit einem eigenen Blog, einer Freundschaftsbekundung auf Facebook oder einer Spende in Form von Bildern, Videos und Geschichten. Erste Anekdoten über Zusammentreffen mit dem volksnahen Präsidenten finden sich bereits im Unterpunkt „Stimmen“ – schmökern lohnt sich. ♦





Wiener Lichter gegen ewiggestrige Männerbündler

Ein sichtbares Zeichen für Toleranz, Demokratie, Humanität und gegen ewiggestriges Gedankengut sowie den am selben Tag stattfindenden Burschenschafterkommers setzten die Wiener SPÖ sowie zahlreiche NGOs am Samstag, dem 22. November.

66.000 für mehr Sicherheit in Wien

Die von der Wiener SPÖ initiierte Unterschriftenaktion für mehr Polizistinnen und Polizisten wurde von der Bevölkerung eindrucksvoll unterstützt: 66.000 Unterschriften konnten SPÖ-Landespartei sekretär Christian Deutsch und Polizeigewerkschaftler Harald Segall an Innenministerin Fekter übergeben.



Gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Unter dem Motto „STOP ARMUT“ machte die Volkshilfe österreichweit auf die fatalen Auswirkungen von Armut in Österreich aufmerksam. Zahlreiche Menschen fanden sich etwa am Viktor Adler-Markt in Wien ein, um gemeinsam mit der Volkshilfe die Stimme gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu erheben. Unter ihnen: Volkshilfe-Präsident Erich Fenninger, SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und der Wr. Volkshilfe-Geschäftsführer Walter Kiss.

Gewalt gegen Frauen an der Wurzel packen

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen veranstalteten die Sozialistische Jugend Österreich (SJÖ), der Verband Sozialistischer StudentInnen (VSSStÖ) sowie die Aktion Kritischer SchülerInnen (aks) eine Medienaktion vor dem Parlament unter dem Motto „Gewalt gegen Frauen an der Wurzel packen“. Neben Gewalt wurde die ungleiche Verteilung von Macht und Ressourcen kritisiert.

